

Nicht von Bewerbern auszufüllen.			
Eingangsvermerk (z.B. KarrB)	Eingangsvermerk (ACFÜKrBw / KarrC Bw)	Bei Beratung über Stellenbörse	Prüfung Deutsche/r i.S. Art. 116 GG durchgeführt (vgl. auch I) ☐ Personalausweis / Reisepass hat vorgelegen ☐ Datum, Name, Unterschrift (SB)
		Objekt-ID	
		1	
		2	
		3	

Bewerbungsbogen für den Arbeitgeber Bundeswehr

Name(n), Vorname(n), ggf. Geburtsname und früherer Name, akademischer Grad	Personenkennziffer (sofern bekannt/vorhanden)		
	(sonst) Geburtsdatum		

1 Bewerbung für eine Einstellung

☐ mit vorangehender Laufbahn-Ausbildung ☐ direkt / ohne Laufbahn-Ausbildung im

Bitte tragen Sie den Referenzcode Ihrer Wunschverwendung aus der Ausschreibung ein:

a) Mittleren Dienst (Voraussetzung: Mittlere Reife / Hauptschulabschluss mit abgeschlossener Berufsausbildung / Laufbahnbefähigung)	
☐ Nichttechnischer Verwaltungsdienst	
☐ Technischer Verwaltungsdienst – Fachrichtung Wehrtechnik	
☐ Technischer Verwaltungsdienst – Fachrichtung Feuerwehr	
☐ Fernmelde- und Elektronische Aufklärung des Bundes	
☐ Naturwissenschaftlicher Dienst – Fachrichtung Geoinformations-/Wetterdienst des Bundes	
b) Gehobenen Dienst (Voraussetzung: Hochschulreife / Bachelor-Abschluss / Laufbahnbefähigung)	
☐ Nichttechnischer Verwaltungsdienst	
☐ Technischer Verwaltungsdienst – Fachrichtung Wehrtechnik	
☐ als Absolvent/in ingenieur- oder naturwissenschaftlicher Studiengänge (Bachelor)	
☐ Sofern Sie Interesse am ingenieurwissenschaftlichen (Bachelor)Studium mit Laufbahnausbildung der Bundeswehr haben: Studienrichtung, Hochschule, Studienort:	
☐ Technischer Verwaltungsdienst – Fachrichtung Feuerwehr	
☐ Laufbahnausbildung für Absolventinnen/Absolventen mit Bachelorabschluss	
☐ Laufbahnausbildung mit integriertem Studium Sicherheitstechnik (B.Sc.) an der Bergischen Univ. Wuppertal	
☐ Fernmelde- und Elektronische Aufklärung des Bundes	
☐ Naturwissenschaftlicher Dienst – Fachrichtung Geoinformations-/Wetterdienst des Bundes mit anschließender Verwendung als ☐ Beamter ☐ Offizier	
c) Höheren Dienst (Voraussetzung: Master-Abschluss, 2. Staatsexamen oder vergleichbar)	
☐ Nichttechnischer Verwaltungsdienst	
☐ als Jurist/in ☐ als Wirtschaftswissenschaftler/in ☐ als Psychologin/Psychologe	
☐ Technischer Verwaltungsdienst – Fachrichtung Wehrtechnik (Ing.-Wissenschaftliche Studiengänge, Chemie, Physik (Master))	
☐ Technischer Verwaltungsdienst (Studiengänge Bauingenieurwesen, Architektur etc. (Master))	
☐ Technischer Verwaltungsdienst – Fachrichtung Feuerwehr	
☐ Naturwissenschaftlicher Dienst (Studiengänge Physik, Chemie, Mathematik, Meteorologie, Geologie, Geoinformatik etc. (Master))	
☐ Ärztlicher und Gesundheitswissenschaftlicher Dienst	

2 Bewerbung für ein Stipendium / eine Studienbeihilfe für

☐ Ingenieurwissenschaftliche Studiengänge ☐ Studiengänge der Meteorologie, Geodäsie, Geoinformatik

3 (Initiativ)Bewerbung bzw. Erläuterung zu Angaben oben (exakte Beschreibung des Wunsches)

Name(n), Vorname(n)	Personenkennziffer (sofern bekannt/vorhanden)	
	(sonst) Geburtsdatum	

A Angaben zu Ihrer Person

1 Name(n), Titel		2 Vorname(n) (Rufname unterstreichen)	
3 Hauptwohnsitz (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Staat)			
4 Weiterer Wohnsitz (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Staat)			
5 Telefon-/Mobilfunknummer (freiwillig)		6 E-Mail-Adresse (freiwillig)	
7 Führerschein Klasse(n) / Bw-Führerschein Klasse			
8 Geburtsort, Staat			
9 Staatsangehörigkeit (auch mehrere und frühere)			
1. ☐		2. ☐ frühere	
10 Sind Sie schwerbehindert oder einem schwerbehinderten Menschen gleichgestellt oder haben Sie einen entsprechenden Antrag gestellt? (Angaben freiwillig – Zweck: Berücksichtigung der Rechte als schwerbehinderter Mensch, z.B. Prüfung evtl. Prüfungserleichterungen)			
☐ Nein	☐ Ja, Grad der Behinderung		
	Antrag auf Anerkennung der Behinderung gestellt am		
	☐ Ja, Gleichstellung nach § 2 Abs. 3 SGB IX erfolgte am		
Antrag auf Gleichstellung gestellt am			
Bitte entsprechende Nachweise beifügen.			
11 Haben Sie einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt?			
☐ Nein		☐ Ja	

B Angaben zu abgeschlossenen und/oder schwebenden Straf- und Disziplinarverfahren

Hinweise und Belehrung zu Fragen 12 und 13			
Zu Fragen 12-13 sind <u>alle</u> Eintragungen aus dem Bundeszentralregister (BZR) anzugeben, d.h. Verurteilungen wegen eines Vergehens/Verbrechens (Straftaten) einschließlich Strafbefehle .			
<u>Ausnahme:</u> Eintragungen aus dem <u>Erziehungsregister</u> müssen <u>nicht</u> offenbart werden. Ferner brauchen Verurteilungen etc., die im BZR getilgt oder tilgungsreif sind, nicht angegeben werden.			
Bei Verschweigen von derartigen Strafbefehlen/Verurteilungen wird grundsätzlich von einer Nichteignung ausgegangen.			
Bei einer erfolgreichen Teilnahme am Auswahlverfahren müssen Sie neben den Angaben zu Fragen 12-13 die Übersendung eines <u>Führungszeugnisses zur Vorlage bei einer Behörde</u> der zuständigen Einstellungsbehörde vorlegen. Hierzu werden Sie gesondert aufgefordert. Die Einsichtnahme in Strafkarten erfolgt nur nach Ihrer Einwilligung. Für jede Verurteilung im obigen Sinne ist hierfür eine separate Einwilligungserklärung erforderlich.			
12 Wurden Sie in einem Strafverfahren rechtskräftig verurteilt oder mit einer anderen Maßnahme (z.B. Strafbefehl) belegt.			
Nein ☐	Ja ☐	Höhe, Grund der Verurteilung/Maßnahme	Aktenzeichen des Gerichts/der Staatsanwaltschaft
			Rechtskraft seit (Datum)
13 Läuft gegen Sie ein Strafverfahren bzw. polizeiliches/staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren?			
Nein ☐	Ja, seit (Datum)	Grund: (sofern bekannt: Aktenzeichen des Gerichts/der Staatsanwaltschaft/der Polizeibehörde, Ort)	
14 Wurde Ihnen die Fahrerlaubnis entzogen?			
Nein ☐	Ja, vom–bis (Datum)	Grund: (sofern bekannt: Aktenzeichen der Ordnungsbehörde/der Staatsanwaltschaft/des Gerichts, Ort)	
15 Wurden gegen Sie noch nicht getilgte Disziplinarmaßnahmen verhängt? (Es auch anhängige Disziplinarverfahren anzugeben)			
Nein ☐	Ja ☐	Art, Grund der Disziplinarmaßnahme	Aktenzeichen des Gerichts/des/der Disziplinarvorgesetzten / der zuständigen Stelle
			Bestandskraft seit / eingeleitet am (Datum)

C Angaben zu wirtschaftlichen Verhältnissen

16 Sind Sie in der Lage, Ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen?	
☐ Ja. Bei Schulden: Bitte erläutern Sie Ihre Einschätzung:	☐ Nein. Bitte begründen Sie Ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten:

Name(n), Vorname(n)	Personenkennziffer (sofern bekannt/vorhanden)	
	(sonst) Geburtsdatum	

D Angaben zu Bewerbungen beim Arbeitgeber Bundeswehr**17** Haben Sie sich bereits bei einer oder mehreren Dienststelle(n) der Bundeswehr beworben?

☐ Nein	☐ Ja, Bezeichnung der Dienststelle	Art der Verwendung	Datum der Bewerbung
Teilnahme an einem Auswahlverfahren?			☐ Nein ☐ Ja

E Einwilligungen gemäß § 51 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)**18 Nutzung der Bewerbungsdaten für alternative Verwendungs-/Einstellungsmöglichkeiten:**

Im Falle, dass das Auswahlverfahren für die gewünschte Einstellung negativ verläuft oder eine Einstellung in die gewünschte Laufbahn aus Bedarfsgründen nicht möglich ist, bin ich damit einverstanden, dass meine Bewerbungsdaten für **weitere/alternative** zivile Verwendungen / Studium / Ausbildung oder für (alternative) soldatische Verwendungen betrachtet werden.

☐ Nein	☐ Ja, für <u>alle</u> mögliche Verwendungen	☐ Ja, für mögliche <u>militärische</u> Verwendungen	☐ Ja, für mögliche <u>zivile</u> Verwendungen
-------------------------------	--	--	--

Datum, Unterschrift (Vorname, Name)

X

Bei Minderjährigen **zusätzlich** Unterschrift (aller) resp. der/des Sorgeberechtigten bzw. der/des gesetzlichen Vertreterin/Vertreter.

Datum, Unterschrift(en) (Vorname(n), Name(n))

19 Datenspeicherung und Nutzung:

Ich willige in die Erhebung, Speicherung und Nutzung meiner personenbezogenen Angaben inkl. meiner Telefon-/Mobilfunknummer und/oder E-Mail-Adresse zum Zwecke der Bewerbungsbearbeitung für ein Dienst-/Arbeitsverhältnis, der Erreichbarkeit im Rahmen des Bewerbungsverfahrens sowie zur Durchführung der damit einhergehenden Bewerberbindungsmaßnahmen ein. Diese Angaben dürfen von allen am Bewerbungs-/ Bewerberbindungsverfahren beteiligten Stellen genutzt werden.

☐ Nein	☐ Ja
-------------------------------	-----------------------------

Eine Verweigerung der Einwilligung bzw. das Unterlassen der Bekanntgabe der als „freiwillige Angabe“ markierten Daten hat keinen nachteiligen Einfluss auf das Bewerbungsverfahren.

- Eine Erreichbarkeit über die postalische Adresse ist gegeben; bei Verweigerung der Einwilligung wird auf diese zurückgegriffen.
- Bei Verschweigen einer bestehenden Schwerbehinderung bzw. einer Gleichstellung einem schwerbehinderten Menschen scheidet eine evtl. mögliche Gewährung von Prüfungserleichterungen aus.

Datum, Unterschrift (Vorname, Name)

X

Bei Minderjährigen **zusätzlich** Unterschrift (aller) resp. der/des Sorgeberechtigten bzw. der/des gesetzlichen Vertreterin/Vertreter.

Datum, Unterschrift(en) (Vorname(n), Name(n))

Hinweis:

Meine erteilten Einwilligungen kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft schriftlich widerrufen. Der Widerruf ist zu richten an:
Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr Abteilung II, Brühler Straße 309, 50968 Köln
(personalgewinnung@bundeswehr.org).

F Erklärungen der Bewerberin bzw. des Bewerbers

20 Ich versichere, dass ich alle Angaben im vorliegenden Bewerbungsbogen sowie den entsprechenden Anlagen nach bestem Wissen wahrheitsgemäß gemacht habe. Ich bin mir bewusst, dass wahrheitswidrige Angaben bzw. eine Verurteilung nach Abschluss des Auswahlverfahrens meine Einstellung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung verhindern bzw. die sofortige Auflösung des Ausbildungs-/Beschäftigungs-/Dienstverhältnisses zur Folge haben können.

Ich verpflichte mich, alle Änderungen in den vorstehend genannten persönlichen und sachlichen Verhältnissen zwischen der Abgabe meiner Bewerbung und dem Tag der möglichen Einstellung der Dienststelle anzuzeigen, die meine Bewerbung bearbeitet hat bzw. bei der das Assessment durchgeführt wurde.

Ort, Datum, Unterschrift (Vorname, Name)

X

Bei Minderjährigen **zusätzlich** Unterschrift (aller) resp. der/des Sorgeberechtigten bzw. der/des gesetzlichen Vertreterin/Vertreter.

Der Durchführung einer ärztlichen Untersuchung im Sinne des Feldes G 22 im notwendigen Umfang wird ausdrücklich zugestimmt.

Ort, Datum, Unterschrift(en) (Vorname(n), Name(n))

Name(n), Vorname(n)	Personenkennziffer (sofern bekannt/vorhanden)	
	(sonst) Geburtsdatum	

G Hinweise**21 Nur bei einer Bewerbung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes:**

Ich wurde darauf hingewiesen, dass bei einem **erfolgreichen Abschluss des Auswahlverfahrens** in meine Personalakten bei der für mich (ggf. ehemals) zuständigen Personal bearbeitenden Stelle Einsicht genommen wird. Bei ehemaligen Soldatinnen/Soldaten wird die Personalakte bei dem Karrierecenter der Bundeswehr geführt, das für die Dienstleistungsüberwachung zuständig ist.

22 Mir ist bekannt, dass zur Eignungsfeststellung auch meine gesundheitliche Eignung festgestellt werden muss. Dies erfolgt im Rahmen einer ärztlichen Untersuchung, bei der ein ärztliches Zeugnis erstellt wird. Bei dieser Untersuchung erfolgt im Bedarfsfall eine Blutabnahme sowie evtl. weitere erforderliche Zusatz- und/oder Facharztuntersuchungen. Bei Ablehnung dieser Untersuchung kann eine Eignung nicht festgestellt werden. **Damit muss bei Ablehnung der Durchführung der ärztlichen Untersuchung das Auswahlverfahren grundsätzlich insgesamt abgebrochen werden.**

Mit der Weitergabe des Begutachtungsergebnisses an die Einstellungsbehörde / Personalführungsstellen bin ich einverstanden.

23 Die Anlagen

- 1) Erklärung über Mitgliedschaft oder Verbindung zu bestimmten politischen Parteien/Organisationen/Institutionen (Bw-2300)
- 2) Erklärung zur Verwendungsbereitschaft im Geschäftsbereich BMVg (Bw-5151) sowie
- 3) ein Tabellarischer Lebenslauf sind zwingende Bestandteile des vorliegenden „Bewerbungsbogens für den Arbeitgeber Bundeswehr“.

H Datenschutzhinweise**24 Datenschutzhinweis bei Erhebung gemäß Art. 13 EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO):**

1. Verantwortliche Stelle für die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung meiner personenbezogenen Daten ist das Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr Abteilung II, Brühler Straße 309, 50968 Köln (personalgewinnung@bundeswehr.org).
2. Die bzw. der Datenschutzbeauftragte im Sinne des Art. 37 Abs. 1 Nr. 1a, ist die bzw. der Beauftragte für den Datenschutz in der Bundeswehr, Bundesministerium der Verteidigung, R II 4, Fontainengraben 150, 53123 Bonn.
3. Die erhobenen Daten werden innerhalb der Bundeswehr an die am Bewerbungs- und Auswahlverfahren zu beteiligenden Stellen weitergegeben, soweit dies für die Bearbeitung des Vorgangs erforderlich ist.
Die erhobenen Daten werden bei einem positiven Abschluss des Auswahlverfahrens zu Zwecken der Begründung eines Dienst-/Arbeitsverhältnisses und/oder zur Durchführung organisatorischer/personeller/sozialer Maßnahmen verarbeitet und genutzt.
4. Für die Verarbeitung der Daten von Bewerberinnen und Bewerbern für eine Verwendung in einer soldatischen Verwendung gilt § 29 Abs. 2 Soldatengesetz (SG), in einer Beamtenlaufbahn gilt § 106 Abs. 4 Bundesbeamtengesetz (BBG) bzw. für Auszubildende / als Tarifbeschäftigte/r gilt Art. 88 i.V.m. § 26 BDSG.
5. Die im Rahmen des Bewerbungs- und Auswahlverfahrens durch die Dienststellen der Personalgewinnungsorganisation der Bundeswehr erhobenen Daten und erstellten Dokumente von Bewerberinnen und Bewerbern sind bis zum Ablauf der Gültigkeitsfrist des Assessments (zwei Jahre) aufzubewahren.
Nach Ablauf dieser Frist, ist zur Überwachung der Wiederholungsmöglichkeiten lediglich ein identifizierender Datensatz der Bewerberinnen und Bewerbern mit Angabe des Bewerbungsdatums, des Datums des Abschlusses des Assessments sowie der Angabe, für welche Laufbahn(en) das Assessment stattgefunden hat, für weitere fünf Jahre gespeichert.
Sie können jederzeit Ihre Bewerbung zurückziehen. Auch in diesem Fall werden diese Daten im Rahmen gesetzlicher Bestimmungen gelöscht; Daten über die Tatsache der Bewerbung bleiben gespeichert. Eine weitere Bearbeitung der Bewerbung wird danach nicht mehr durchgeführt.
6. Folgende Betroffenenrechte stehen jeder Bewerberin und jedem Bewerber gegenüber der/dem Verantwortlichen zu:
 - Auskunft über meine Daten (Art. 15),
 - Recht auf Berichtigung (Art. 16),
 - Recht auf Löschung (Art. 17),
 - Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18),
 - Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21),
 - Recht auf Beschwerde bei der/dem Beauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (Art. 77).

Kosten fallen hierfür nicht an.

	5.2 Hatten oder haben Sie oder eine Ihnen nahestehende Person sonstige Beziehungen (verwandtschaftliche, geschäftliche, gesellschaftliche, kulturelle, sportliche, wissenschaftliche, technische usw.) zu einem der Länder, für die besondere Sicherheitsbestimmungen gelten (siehe Beiblatt „Staatenliste“)?			
Nein ☐	Ja: ☐	Art der Beziehung 	ZU (Name, Anschrift der Person/Firma/des Instituts o. ä.) 	
6	Ich bin mir bei der Beantwortung der Fragen 1 bis 5 unsicher und wünsche ein persönliches Gespräch mit dem Militärischen Abschirmdienst.			
Nein ☐	Ja: ☐			
Die folgenden Fragen sind von Ihnen nur zu beantworten, wenn Sie vor dem 3. Oktober 1972 geboren sind und sich für eine herausgehobene Position im Sinne des § 20 Abs. 1 Nr. 6 a-g StUG bzw. § 21 Abs. 1 Nr. 6 a-g StUG beworben haben/vorgesehen sind (s. Fußnote).				
7	7.1 Waren Sie Mitarbeiterin/Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit oder beim Amt für nationale Sicherheit der früheren DDR oder für eine der Untergliederungen dieser Ämter oder anderen vergleichbaren Institutionen bzw. Struktureinheiten von Nachrichtendiensten tätig (hierzu zählen auch nebenamtliche oder sonstige Tätigkeiten als inoffizielle Mitarbeiterin/inoffizieller Mitarbeiter unterschiedlicher Kategorien)?			
Nein ☐	Ja: ☐	In welcher Weise/Funktion 	VON (Monat, Jahr) 	bis (Monat, Jahr)
7.2 Haben Sie finanzielle Zuwendungen von einer der genannten Stellen erhalten?				
Nein ☐	Ja: ☐			
7.3 Haben Sie eine Verpflichtungserklärung zur Zusammenarbeit mit einer der genannten Stellen unterschrieben?				
Nein ☐	Ja: ☐			
8	Hatten Sie in der ehemaligen DDR oder Berlin (Ost) eine leitende Funktion in der Wirtschaft, im Erziehungs- Kultur- oder Sportwesen inne?			
Nein ☐	Ja: ☐	Funktion 	Ort und Land 	VON (Monat, Jahr) bis (Monat, Jahr)
9	Standen Sie in einem Dienst-, Arbeits- oder sonstigen Verhältnis zu (ehemaligen) Nachrichtendiensten der DDR?			
Nein ☐	Ja: ☐	Name Nachrichtendienst 	VON (Monat, Jahr) 	bis (Monat, Jahr)

Ort, Datum, Unterschrift

X

Verteiler

- ☐ Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr
☐ Karrierecenter der Bundeswehr
☐ Zivile Personalbearbeitende Dienststelle soweit nicht Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr

§ 20 Abs. 1 Nr. 6 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) i.d.F. v. 22. Dezember 2011

Unterlagen, soweit sie keine personenbezogene Information über Betroffene oder Dritte enthalten, dürfen durch öffentliche und nicht öffentliche Stellen in dem erforderlichen Umfang für folgende Zwecke verwendet werden:

6. Überprüfung der folgenden Personen nach Maßgabe der dafür geltenden Vorschriften und mit ihrer Kenntnis zur Feststellung, ob sie hauptamtlich oder inoffiziell für den Staatssicherheitsdienst tätig waren, soweit es sich nicht um Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst vor Vollendung des 18. Lebensjahres gehandelt hat:

- Mitglieder der Bundesregierung oder einer Landesregierung sowie sonstige in einem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis stehende Personen,
- Abgeordnete, Mitglieder kommunaler Vertretungen, kommunale Wahlbeamte sowie ehrenamtliche Bürgermeister und entsprechende Vertreter für einen Gemeindeteil,
- Beamte, die jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden können, und Angestellte in entsprechender Funktion,
- Beschäftigte öffentlicher Stellen auf mit der Besoldungsgruppe A 9, der Entgeltgruppe E 9 oder einer höheren Besoldungs- oder Entgeltgruppe bewerteten Dienstposten, die unbeschadet der in Nummer 7 genannten Fälle eine leitende Funktion ausüben, sowie von der öffentlichen Hand bestellte Mitglieder der Vertretungs- und Aufsichtsorgane in Einrichtungen, bei denen sich die absolute Mehrheit der Anteile oder die absolute Mehrheit der öffentlichen Stimmen in öffentlicher Hand befindet; darüber hinaus können alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst überprüft werden, wenn Tatsachen den Verdacht einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR rechtfertigen,
- Berufsrichter und ehrenamtliche Richter,
- Soldaten, auf mit der Besoldungsgruppe A 13 und höher bewerteten Dienstposten, die eine leitende Funktion ausüben, sowie Stabsoffiziere, die auf Dienstposten mit erheblicher Außenwirkung im integrierten Bereich (In- und Ausland), im Attachédienst oder bei sonstigen Dienststellen im Ausland eingesetzt sind,
- Mitglieder des Präsidiums und des Vorstands sowie leitende Angestellte des Deutschen Olympischen Sportbunds, seiner Spitzenverbände und der Olympiastützpunkte, Repräsentanten des deutschen Sports in internationalen Gremien sowie Trainer und verantwortliche Betreuer von Mitgliedern der deutschen Nationalmannschaften,
- Personen, die sich in den Fällen der Buchstaben a bis g um das Amt, die Funktion oder die Einstellung bewerben; die Feststellung kann sich auch auf die Tätigkeit für einen ausländischen Nachrichtendienst beziehen.

Anhang zur Anlage 1 zum Bewerbungsbogen (mil) / Personalbogen (ziv)

Erklärung über die Treuepflicht zum Grundgesetz**1. Belehrung**

Nach § 41 Satz 2 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) sind Beschäftigte des Bundes und andere Arbeitgeber, in deren Aufgabenbereichen auch hoheitliche Tätigkeiten wahrzunehmen sind, verpflichtet,

sich durch ihr gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen.

Nach § 7 Abs. 1 Nr. 2 i.V.m. § 60 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes (BBG) sind Beamtinnen und Beamte sowie nach § 8 des Soldatengesetzes, Soldatinnen und Soldaten verpflichtet, die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes anzuerkennen und durch ihr gesamtes Verhalten für deren Erhaltung einzutreten.

Dementsprechend darf als Beamtin/Beamter bzw. als Soldatin/Soldat nur eingestellt werden, wer die Gewähr bietet, jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten; als Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer darf nur eingestellt werden, wer die Gewähr dafür bietet, sich durch ihr/sein gesamtes Verhalten zur freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen.

Freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes (vgl. Ur. Vom 23.10.1952 – 1 BvB1/51 – BVerfGE 2, 1; Ur. Vom 17.08.1956 – 1 BvB2/51 – BVerfGE 5, 85) eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheiten und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist das Gegenteil des totalitären Staates, der als ausschließliche Herrschaftsmacht Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit ablehnt. Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sind insbesondere zu rechnen:

- Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht auf Leben und freie Entfaltung der Persönlichkeit,
- die Volkssouveränität,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber der Volksvertretung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip,
- die Chancengerechtigkeit für alle politischen Parteien,
- das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung der Opposition.

Die Teilnahme an Bestrebungen, die sich gegen diese Grundsätze richten, ist unvereinbar mit den Pflichten einer Beamtin/ eines Beamten, einer Soldatin/ eines Soldaten bzw. einer/eines Tarifbeschäftigten.

Beamtinnen und Beamte/Soldatinnen und Soldaten/Tarifbeschäftigte, die sich einer solchen Pflichtverletzung schuldig machen, müssen mit ihrer Entlassung/ der Kündigung des Arbeitsverhältnisses rechnen.

2. Erklärung

Ich bin über meine Pflicht zur Verfassungstreue und darüber belehrt worden, dass meine Teilnahme an Bestrebungen, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung oder gegen ihre grundlegenden Prinzipien gerichtet sind, mit den Pflichten von Beamtinnen und Beamten, Soldatinnen und Soldaten sowie Tarifbeschäftigten unvereinbar ist. Aufgrund der mir erteilten Belehrung erkläre ich hiermit, dass ich meine Pflicht zur Verfassungstreue stets erfüllen werde, dass ich die Grundsätze der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bejahe und dass ich bereit bin, mich jederzeit durch mein gesamtes Verhalten zu der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen (als Beamtin/ Beamter, Soldatin oder Soldat zusätzlich: und für deren Erhalt einzutreten).

Ich versichere ausdrücklich, dass ich in keiner Weise Bestrebungen unterstütze, deren Ziele gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung oder gegen eines ihrer grundlegenden Prinzipien gerichtet sind.

Ich bin mir bewusst, dass beim Verschweigen einer solchen Unterstützung die Ernennung zur Beamtin, zum Beamten, zur Soldatin oder zum Soldaten bzw. die Einstellung als Arbeitnehmerin oder als Arbeitnehmer, als durch arglistige Täuschung herbeigeführt angesehen wird. Arglistige Täuschung führt zur Entlassung bzw. zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses.

Ort, Datum, Unterschrift

X

Staatenliste¹

im Sinne von § 13 Absatz 1 Nummer 17 SÜG2

Stand: 08.06.2022

1. Afghanistan (Islamische Republik Afghanistan)
2. Algerien (Demokratische Volksrepublik Algerien)
3. Armenien (Republik Armenien)
4. Aserbaidshan (Republik Aserbaidshan)
5. Belarus (Republik Belarus)
6. China (Volksrepublik China),
ab 01.07.1997 einschließlich Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong,
ab 20.12.1999 einschließlich Sonderverwaltungsregion (SVR) Macau
7. Georgien
8. Irak (Republik Irak)
9. Iran (Islamische Republik Iran)
10. Kasachstan (Republik Kasachstan)
11. Kirgisistan (Kirgisische Republik)
12. Korea (Demokratische Volksrepublik Korea)
13. Kuba (Republik Kuba)
14. Laos (Demokratische Volksrepublik Laos)
15. Libanon (Libanesische Republik)
16. Libyen (Staat Libyen)
17. Moldau (Republik Moldau)
18. Pakistan (Islamische Republik Pakistan)
19. Russische Föderation
20. Sudan (Republik Sudan)
21. Syrien (Arabische Republik Syrien)
22. Tadschikistan (Republik Tadschikistan)
23. Turkmenistan
24. Ukraine
25. Usbekistan (Republik Usbekistan)
26. Vietnam (Sozialistische Republik Vietnam).

¹ Festgelegt durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Die Schreibweise der Staatennamen richtet sich nach dem vom Auswärtigen Amt herausgegebenen "Verzeichnis der Staatennamen für den amtlichen Gebrauch in der Bundesrepublik Deutschland" in der jeweils geltenden Fassung, die im Gemeinsamen Ministerialblatt bekanntgegeben wird.